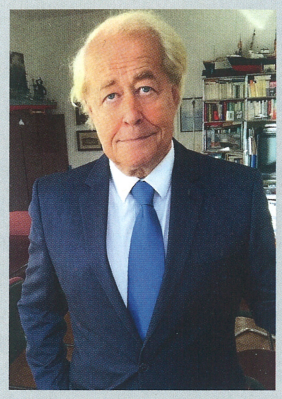
Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Inhaber der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

Gemischte Gefühle

Mit äußerst gemischten Gefühlen ist Deutschland in das neue Jahr durchgestartet. Düsteren Prognosen wie einem drohenden Wohlstandsverlust, dauerhaft hohen Energiepreisen, anhaltender Inflation und eine zumindest partielle Deindustrialisierung stehen scheinbar erste konjunkturelle Entspannungssignale gegenüber. So geht das ifo-Institut (derzeit) nur noch von einer leichten Winterrezession aus: Danach soll das BIP 2023 lediglich um 0,1 % zurückgehen. Für 2022 meldet das Institut ein Wachstum von 1,8 %. Auch die Teuerung, die voriges Jahr bei 7,8 % lag, werde sich 2023 auf 6,4 % abschwächen. Dagegen rechnet das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) für das laufende Jahr mit einem Minus der Wirtschaftsleistung um 0,75 %. Verglichen mit den Prognosen vor dem Krieg in der Ukraine werde das reale BIP um fast 5 % niedriger ausfallen. Die Weltwirtschaft werde 2023 nur noch um 2 % zulegen. Bei den mittelständischen Unternehmen sind die aktuellen Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate auf ein historisches Tief gefallen. 53 % der befragten Betriebe rechnen mit einer weiteren Verschlechterung. Die Energiekosten haben den Fachkräftemangel als größtes Problem abgelöst. Auf Platz 3 der Problemfelder rangieren die hohen Rohstoff- und Materialkosten.

„Fundamentale Umwälzungen"

Die reale Gefahr einer Deindustrialisierung nimmt offenbar weiter zu. Der BDI-Präsident sieht zahlreiche „Handicaps" und warnt vor abnehmender Wettbewerbsfähigkeit am Standort Deutschland. Der DIHK rechnet mit einer wachsenden Verlagerung von Produktion ins Ausland. Der DGB setzt die Sicherstellung wettbewerbsfähiger Industriestrompreise ganz oben auf die Gesprächsagenda mit der Bundesregierung. Die DGB-Chefin befürchtet: „Je tiefer die Schnitte in die Wertschöpfungskette werden, je mehr Unternehmen Deutschland verlassen, desto dramatischer wird der Dominoeffekt sein." Und der Vorsitzende der Gewerkschaft IG BCE fordert „eine rundum neu entwickelte Industriepolitik für Deutschland und Europa". Nur so könne man weitere Abwanderungen nach China oder in die USA verhindern. Zum Vergleich: Die Strompreise in Amerika liegen 80 % unter denen in Deutschland. Gas kostet dort nur ein Siebtel. Um Deutschland fit zu machen für den weltweiten Standortwettbewerb, fordert der DIHK die Beseitigung bürokratischer Hemmnisse und die Beschleunigung der Planungsverfahren. Auch der BDI beanstandet die Langsamkeit in der Genehmigungspraxis. Außerdem seien die Unternehmenssteuern im internationalen Standortwettbewerb zu hoch. Es brauche mehr steuerliche Anreize für Investitionen in Deutschland. Weiter heißt es: „Die Energiepreise sind überfrachtet mit Steuern und Abgaben. Das können wir uns nicht mehr leisten im globalen Wettbewerb. Die aktuelle Krise ist nicht nur eine kleine Konjunkturdelle. In der grünen und digitalen Transformation gibt es für die Regierung immense Aufgaben zu erledigen." Allen Beschönigern der aktuellen Lage sollte Anlass zu denken geben, dass Deutschland – nach einer neuen Studie der Beratungsgesellschaft EY – erstmals nicht mehr unter den 100 wertvollsten börsennotierten Unternehmen der Welt vertreten ist. Im Jahr 2008 gehörten noch 8 deutsche Konzerne diesem elitären Kreis an. EY kommentiert diesen Absturz so: „Wir sind bislang den Beweis schuldig geblieben, dass Deutschland die Weltwirtschaft der Zukunft entscheidend mitgestalten wird und auch in der digitalen Wirtschaft von morgen ein wichtiges Wort mitzureden hat. Wir erleben fundamentale Umwälzungen."

Systemversagen

Unter der provokanten Headline „Willkommen in der Bananenrepublik Deutschland" befasst sich die Brüsseler Korrespondentin der „Wirtschaftswoche" mit dem vielgestaltigen strukturellen Niedergang in der Bundesrepublik. Ihr Geburtsland sei dabei, den Anschluss zu verlieren. Sie begründet diese These mit Beispielen aus Infrastruktur, Digitalisierung, der fehlenden Behörden-Effizienz und dem Verkehrsbereich. In dasselbe Beschwerdehorn bläst der „Focus" mit einem Beitrag unter der Überschrift „Ein Land funkt SOS – Deutschland an der Belastungsgrenze". Der Autor fächert eine breite Palette an organisatorischen Defiziten und faktischen Schwachstellen auf, mit denen sich die große Mehrheit der Bevölkerung achselzuckend abzufinden scheint. Erschreckend ist in der Tat, inwieweit Laissez-faire-Mentalität, Realitätsverweigerung und Staatsversagen hierzulande zu einer „neuen" Normalität geworden sind. Nahezu willkürlich listet der „Focus" gravierende Missstände und Systemausfälle auf, die den Lebens- und Arbeitsalltag der Bürger zum unkalkulierbaren Vabanque-Spiel werden lassen. Als Beispiele werden die immer noch bestehenden Funklöcher im Mobilfunknetz, der desolate Zustand vieler Autobahn-Brücken und das chaotische Leistungsangebot der Deutschen Bahn ebenso genannt wie schwerwiegende Mängel in Kitas, Schulen und Krankenhäusern. Abgerundet wird das offensichtlich unlimitierte Krisen-Szenario durch Ausrüstungsdefizite bei der Bundeswehr, Bevorratungslücken bei Apotheken, Heizungsprobleme in öffentlichen Gebäuden, bürokratische Digitalisierungs-Verweigerungen und Überlastungen des Stromnetzes. Die zunehmende Verlotterung staatlicher und halbstaatlicher Strukturen mag vielerlei Ursachen haben. Als ein kausaler Zusammenhang drängt sich die Vermutung auf, dass ehemals typisch „deutsche Tugenden" wie Pflichtbewusstsein, Mitverantwortung, Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit, auf denen das Wirtschaftswunder basiert hat, in vielen Bereichen längst durch Untugenden wie Desinteresse, Leistungsverweigerung, Wunschdenken und Belanglosigkeit verdrängt worden sind.